

**S 18**

## **Gespräche zwischen dem Senat und der Lufthansa**

**Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Theresa Gröninger,  
Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU  
vom 12. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Gespräche haben der Senat (auf Bürgermeister-, Senatoren- und Staatsräteebene) sowie die Geschäftsführung der Flughafen Bremen GmbH seit Beginn der 21. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft mit Entscheidungsträgern der Lufthansa Group im Hinblick auf deren Pläne für den Flughafen Bremen geführt?
2. Wann, wo, zwischen wem und mit welchem wesentlichen Inhalt fanden diese Gespräche jeweils statt, welche Erkenntnisse wurden daraus seitens des Senats und der Geschäftsführung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit und Anbindung des Flughafens Bremen gewonnen, welche Schlussfolgerungen wurden daraus gezogen, und welche Schritte wurden daraufhin eingeleitet?
3. Inwiefern, wann und mit welchem Ergebnis waren diese Pläne, Einschätzungen, Erkenntnisse und Maßnahmen Thema in Aufsichtsratssitzungen der Flughafen Bremen GmbH und ihrer Tochtergesellschaften?

### **Vorbemerkung des Senats**

Der Flughafen Bremen steht auch unter Einbindung der Gremien in einem kontinuierlichen, ganzjährigen Dialog mit verschiedenen Fluggesellschaften wie der Lufthansa als den wesentlichen Kunden. Regelmäßige Gesprächsgegenstände sind dabei neben sehr kurzfristigen, operativen Themen wie beispielsweise dem Umgang mit kurzzeitigen Störungen, wetterbedingten Anpassungen, Streiks, Verspätungen und vielem mehr natürlich auch die mittel- und langfristigen Planungen. In diesen Gesprächen, die nicht immer festen Regularien und Abläufen folgen, sondern auch im Rahmen von Veranstaltungen, Messen und ähnlichem stattfinden, geht es immer wieder darum, bestehende Flugpläne zu optimieren, neue Routenpotenziale zu analysieren und strategische Weichenstellungen vorzunehmen.

Aktuell sorgt die vorgezogene Auflösung der Lufthansa-Tochtergesellschaft CityLine für erhebliche Turbulenzen und unmittelbare Konsequenzen am Bremer Standort, wozu auf der führenden Ebene Schriftwechsel und auch direkte Austausche erfolgen. Grundsätzlich hat sich dabei gezeigt, dass der Mutterkonzern das abrupte Aus der Regionaltochter mit drastisch gestiegenen Kerosinkosten und den Folgen vorangegangener Tarifstreiks begründet. Spezifische Themen, die sich allein auf Bremen beziehen spielten bei der Konzern-Grundsatzentscheidung ganz offensichtlich keine, oder bestenfalls eine sehr untergeordnete Rolle. Nach der Veröffentlichung der Beendigung der City Line wurden die Kontakte nochmals intensiviert. Hier gab es zu keiner Zeit konkrete Aussagen zu Streckenstilllegungen, innerhalb des Lufthansa-Konzerns kursierten lediglich Gerüchte aller Art.

Die Auswirkungen für den Flughafen Bremen und die Region durch den nun angekündigten Wegfall der Frankfurt-Route zum 1. Juli 2026 und damit die internationale Erreichbarkeit wiegen schwer, auch wenn als wichtigste Drehkreuz-Alternativen die Verbindungen nach München sowie Flüge nach Wien und Zürich verbleiben. Der Flughafen Bremen prüft derzeit in Gesprächen auch mit alternativen Airlines, wie die entstandene Lücke im Flugplan geschlossen und der erlittene Kapazitätsverlust ausgeglichen werden kann.

### **Zu Frage 1:**

Die operative Verantwortung für den Flughafen Bremen liegt bei seiner Geschäftsführung sowie dem zuständigen Fachressort, der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation. Der Bürgermeister hat in der Vergangenheit Kontakt zum Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa gehabt, wenn es um ganz konkrete Auswirkungen für den Standort Bremen ging. Es gab Gespräche in Zeiten von Corona sowie rund um die Schließung der Lufthansa Aviation Training (LAT) am Flughafen Bremen. Nach der Berichterstattung zur Streichung der Lufthansa-Verbindung Bremen – Frankfurt hat der Bürgermeister sich zusammen mit der Wirtschaftssenatorin mit einem gemeinsamen Schreiben direkt an den Vorstandsvorsitzenden gewandt und zudem in einem Telefonat um das Überdenken der Bremen betreffenden Entscheidung gebeten.

Zwischen dem Flughafen und der Lufthansa besteht ein regelmäßiger Austausch, insbesondere mit der Lufthansa Airport Relation Management zweimal monatlich. In den letzten Monaten gab es hier keine Hinweise darauf, dass die Strecke Bremen – Frankfurt gefährdet sein könnte.

Ebenso wurden auf den regelmäßigen Treffen bei Konferenzen wie der Routes Europe, Routes World oder ITB Berlin zuletzt Anfang März diesen Jahres, seitens Lufthansa auch auf Nachfrage gegenüber dem Flughafen keine Andeutungen auf Änderungen hinsichtlich der Verbindung Bremen – Frankfurt gemacht. Erst in der 17. KW diesen Jahres kamen Gerüchte aus dem Lufthansa Konzern auf, dass diese Verbindung gefährdet sein könnte.

Auch die regelmäßigen Gespräche im Rahmen von Veranstaltungen des Bundesverbandes der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) mit Ansprechpartner:innen des Bereiches Politik-Kommunikation und Luftfahrt-Konferenzen ergaben zu keiner Zeit Hinweise darauf, dass es zu einer Streichung der Frankfurt-Strecke kommen könnte. Der Tenor der Lufthansa war immer, dass alles geprüft wird und noch nichts entschieden wurde.

Am 30.04.2026 gab es einen Austausch zwischen dem Lufthansa Bereich „Regulatory Affairs, Infrastructure“ und der Bremer Luftfahrtbehörde. Bei diesem Treffen informierten die Mitarbeitenden des Bereichs „Regulatory Affairs, Infrastructure“ über die Gefahr der Streckenstreichung und regten die Vorbereitung eines Schreibens des Hauses an Lufthansa an. Dazu ist es durch die Bekanntgabe der Streckenstreichung Bremen – Frankfurt durch Lufthansa nicht mehr gekommen.

Seitens der Lufthansa lagen nicht nur keine Informationen vor, dass die Strecke akut gefährdet sei, sondern es lagen auch keine Angebote vor, wie eine mögliche Streichung ggf. verhindert werden könnte. Es gab hierzu keinerlei Absprachen mit Flughafen oder Wirtschaftsressort. Die Gespräche auf unterer Ebene mit der Luftfahrtbehörde dienten zur Abstimmung über die notwendigen und festgelegten Entgelte, die durch bestimmte Kriterien determiniert sind.

Am 15.05.2026 hat die Senatorin für Stadtentwicklung, Bau und Mobilität sich gemeinsam mit der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation in einem Brief an die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie sowie den Bundesminister für Verkehr für den Erhalt der Lufthansa-Flugverbindung Bremen–Frankfurt eingesetzt und beide Ministerien gebeten, gegenüber der Deutschen Lufthansa AG nachdrücklich auf die Bedeutung dieser Verbindung für den Wirtschafts-, Technologie- und Logistikstandort Bremen hinzuwirken. In dem Schreiben wird die zentrale Bedeutung der Strecke für den Wirtschafts-, Technologie- und Logistikstandort Bremen sowie für die gesamte nordwestdeutsche Metropolregion dargelegt — insbesondere für die international ausgerichtete Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie, die Automobil- und Zulieferbranche sowie die rund 5.000 Passagierinnen und Passagiere, die die Verbindung Woche für Woche nutzen, um über das Drehkreuz Frankfurt 46 weltweite Ziele zu erreichen.

## **Zu Frage 2:**

Um den Standort des Flughafens Bremen hat sich die Airport-Stadt auf einer Gesamtfläche von ca. 200 Hektar als Gewerbegebiet mit einem starken Schwerpunkt Luft- und Raumfahrt entwickelt. Dementsprechend gibt es heute zahlreiche wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Betrieben in der Airport-Stadt und den Betrieben auf dem Flughafengelände (einschließlich des Geländes der Airbus Group). Darüber hinaus ist der Flughafen aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen der Unternehmen und wegen des hohen Exportanteils der Bremer Wirtschaft von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bremen insgesamt und darüber hinaus, denn viele Fluggäste kommen aus der Metropolregion Bremen Oldenburg im Nordwesten.

Schon vor dem Beginn der letzten Krisen mit der weltweiten Corona-Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und seinen Folgen, unter anderem der Energiekrise und den massiven inflationsbedingten Kostensteigerungen, haben die Flughafen Bremen GmbH und ihre Tochtergesellschaften die wirtschaftliche Sanierung des Gesamtunternehmens zur Bewältigung der im Jahr 2019 eingetretenen wirtschaftlichen Unternehmensschiefelage eingeleitet. Ziel war und ist es, den Flughafen Bremen mit einem attraktiven und wettbewerbsfähigen Angebot vor allem als Anbindung des Wirtschaftsstandortes an die großen europäischen Drehkreuze zu sichern. Neben eigenen erforderlichen Sanierungsmaßnahmen und Sanierungsbeiträgen der Stadtgemeinde Bremen z. B. in Form von Kostenübernahmen für den Brandschutz am Flughafen, wurde die Leistungsfähigkeit des Flughafens durch ein kontinuierliches Investitionsprogramm für die Erneuerung und Ertüchtigung der Flughafeninfrastruktur erhöht. Als Ergänzung zu den seit 2020 umgesetzten Sanierungsmaßnahmen wurde zuletzt in 2025 das sogenannte Erbbaurechtsmodell umgesetzt, welches vorsah die betriebsnotwendigen Grundstücke an die Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) zu verkaufen und durch die Bestellung eines Erbbaurechts den Flughafen weiterhin in die Lage zu versetzen, den Betrieb des Flughafens sicherzustellen. Seit 2025 läuft das Sanierungsprogramm BRE:start, das eng vom Aufsichtsrat begleitet wird, und bereits jetzt erste Erfolge erzielt hat.

Die laufenden Gespräche mit der Lufthansa und anderen Airline-Kunden gaben keine konkreten Hinweise zur Wettbewerbsfähigkeit des Bremer Flughafens. Vielmehr wurde die Attraktivität des Standorts anerkannt, die gute Zusammenarbeit auf operativer Ebene gelobt. Kritisiert wurden stets die aus ihrer Sicht hohen staatlichen Kosten in Deutschland (Luftverkehrssteuer, Luftsicherheit, Deutsche Flugsicherung).

Da der Flughafen infolge der zurückgegangenen Passierzahlen nach Corona nicht kostendeckend arbeitete, wurde seitens der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrats die dringende Notwendigkeit der Sanierung immer wieder gegenüber den Arbeitnehmer:innen betont.

Im Kontext der Lufthansa Flugstreichungen wurde der Aufsichtsratsvorsitzende und damit auch die Fachaufsicht des Wirtschaftsressorts am späten Nachmittag des 8.5.2026 seitens der Geschäftsführung informiert. Am nächsten Morgen gab es vertiefte Gespräche mit Wirtschaftssenatorin und Bürgermeister, um das weitere Vorgehen zu evaluieren.

Neben Gesprächen mit der IHK wurden durch Bürgermeister Bovenschulte und Senatorin Vogt eine Reihe von Gesprächen mit Bremer Unternehmen geführt. In Folge dieser Gespräche wurde am 11.5.2026 ein gemeinsamer Brief an den Lufthansa Vorstand geschickt, in dem darum gebeten wurde, die Entscheidung aufgrund der enormen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Norddeutschland nochmal zu überdenken. Auch der Aufsichtsrat war in Folge der Information im engen Austausch miteinander. Die IHK hat ihrerseits einen Brief an die Lufthansa Vorstand geschickt. Hier haben alle Akteure aus Politik und Wirtschaft vorbildlich zusammengewirkt.

Der Bürgermeister hat sich in Abstimmung mit dem Wirtschaftsressort gleich am Montag um ein Gespräch mit dem Lufthansa Vorstand Herrn Spohr bemüht, das dann am Mittwoch, den 13.5.2026 stattgefunden hat. Vereinbart wurde, dass gemeinsam nach einer Lösung gesucht werden soll. Hierzu wurden bereits für die Woche ab dem 18.5.2026 konkrete Gespräche mit der Lufthansa Geschäftsführung verabredet.

### **Zu Frage 3:**

Die jeweils aktuelle wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie neue Chancen und Risiken werden in regelmäßigen monatlich stattfindenden Monitoringsitzungen zwischen Geschäftsführung (GF) und Teilen des Aufsichtsrates (AR) besprochen. Das AR-Monitoring ist keine AR-Sitzung, sondern ein monatliches Meeting mit der Arbeitgebendenseite und der GF, um die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen des Programms BRE:start eng zu begleiten. In diesen Sitzungen, die vom Aufsichtsratsvorsitzenden initiiert wurden, geht es vornehmlich um die Berichterstattung zum Fortgang des BRE:start Programms.

Der Flughafen Bremen GmbH informierte beim AR-Monitoringtermin vom 27. April 2026 mit Blick auf die weltpolitische Lage und insbesondere den Irankonflikt wie folgt:

„Die voraussichtlichen Auswirkungen des Konfliktes sind u.a.:

1. Airlines: deutlich steigende Kerosinpreise -> Erhöhung der Ticketpreise und Reduzierung des Flugangebotes.
2. Wirtschaft: Steigende Produktionskosten -> Reduzierung der Dienstreisen.
3. Benzin- und Ölpreise im privaten Bereich -> geringeres Haushalt-Budget der Kund\*innen > Verzicht auf bzw. weniger Reisen.
4. Zieldestinationen im Nahen Osten und im Umkreis werden nicht mehr angefliegen bzw. werden nicht mehr von Touristen gebucht.
5. Allgemein hohe Kosten (Luftverkehrssteuer, Luftverkehrssicherungsgebühren) in Deutschland, die die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich gefährden.

Die konkreten Folgen des Irankonfliktes können derzeit nicht abgeschätzt werden. Deshalb wurden Szenarien diskutiert. Diese berücksichtigen bereits die Umsetzung der BRE:start-Maßnahmen bis 2026.

Es werden mehrere Szenarien vorgestellt: Dazu gehören der aktuelle Status Quo (mit Grounding der Cityline), darüber hinausgehende Flugstreichungen der Airlines und Kerosinmangel an einigen Zielflughäfen.

Der Flughafen hält es nicht für ausgeschlossen, dass Lufthansa perspektivisch deutschlandweit Frequenzen reduziert oder ganze Relationen streicht. Eine bis dato nicht angekündigte Streichung der Frankfurt-Strecke mit derzeit 5 täglichen Flügen würde das Jahresergebnis relevant verschlechtern. Die FBG schlägt daher vor, prophylaktisch über die Bremische Politik und mit Unterstützung der international agierenden Unternehmen durch Gespräche auf höchster Ebene die Lufthansa von einer möglichen Reduzierung von Destinationen und Frequenzen abzuhalten.

Da seitens der anwesenden Aufsichtsratsmitglieder als plausibel angesehen wurde, dass diese Risiken in Verbindung mit den allgemein hohen Kosten in Deutschland auch für die Lufthansa entscheidungsrelevant sein könnten, wurde der Flughafen in der Sitzung beauftragt, eine Vorbereitung für flankierende Gespräche des Landes herzustellen. Die FBG hatte für die kommende AR-Sitzung zugesagt, die Situation im Detail darzustellen und ein mögliches Vorgehen vorzuschlagen, auf deren Grundlage die Politik agieren kann. Das politische Argument der Rolle Bremens im militärischen O-Plan Deutschland sollte die Argumentation zusätzlich unterstützen.

Die Auswirkungen der allgemeinen Lage im Luftverkehr mit den sehr hohen Standortkosten in Deutschland können nur in geringem Umfang kompensiert werden.

Sollte sich die Weltlage nicht verbessern, sind Maßnahmen, die deutlich über BRE:stap hinausgehen, für eine nachhaltige Sanierung notwendig.

Den anwesenden Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Monitoring-Termin Informationen übermittelt, die aufzeigten, wie sich die Veränderung der Marktbedingung auf die Umsatzerlöse auswirken könnten. Zugleich wurde dargelegt, dass sowohl die Zahlungsfähigkeit als auch das Eigenkapital aktuell weiter gegeben sind, der Handlungsdruck jedoch deutlich erhöht ist und, dass die Flughafengesellschaft künftig so aufgestellt werden müsse, dass sie nachhaltig die Aufwendungen und Investitionen finanzieren kann.

Als konkrete Absicht wurde sodann festgehalten, den gesamten Aufsichtsrat spätestens in der nächsten regulären Sitzung umfänglich zu informieren und auch vorzubereiten, zu welchem Zeitpunkt, auf welcher Ebene und mit welchen Ansprechpersonen das Land die Gespräche des Flughafens begleiten kann. Angedacht waren seitens des Wirtschaftsressorts solche Gespräche ab KW 21. Zum Zeitpunkt der Monitoring Sitzung lagen keine konkreten Hinweise auf die Streckenstreichung vor und wurde aufgrund der guten Auslastung auch von der GF nicht als akutes Risiko gesehen, das eine sofortige Aktion notwendig gemacht hätte.